

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 27 / 2020

EMOTION, SPRACHE, POLITIK

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2019
- MUSICA PRO PACE 2019
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und der Präsidentin der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2019-2020

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Dr. Henning Buck, Univ. Osnabrück (Redaktion Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft)
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Thomas Groß, Rechtswissenschaften, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Johannes Hirata, Volkswirtschaftslehre, Hochschule Osnabrück
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Andrea Lenschow, Sozialwissenschaften, Universität Osnabrück
Dr. Janina Majerczyk, Universität Osnabrück (Geschäftsführung Osnabrücker Friedensgespräche)
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Rea te Poel M.A., Universität Osnabrück (Mitarbeiterin der Geschäftsführung)
Prof. Dr. Chadi Touma, Biologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück

Verantwortliche Redaktion: Dr. Henning Buck und Dr. Janina Majerczyk

Redaktionelle Mitarbeit: Dr. Henning Buck, Joachim Herrmann, Dr. Janina Majerczyk, Dr. Michael Pittwald, Rea te Poel, Jutta Tiemeyer

Bucheinband: Bruno Rothe / Tefvik Goektepe; Titelfoto: © Universität Osnabrück | Fabian - stock.adobe.com

Für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2019-2020 danken wir

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche, Universität Osnabrück, Neuer Graben 29 / Schloss, D-49074 Osnabrück, Tel.: + 49 (0) 541 969 4208, E-Mail: ofg@uni-osnabrueck.de, Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

1. Aufl. 2020

© 2020 Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Theaterstraße 13, D-37073 Göttingen, mit Universitätsverlag Osnabrück. Alle Rechte vorbehalten.

Printed in the EU: Hubert & Co. GmbH & Co. KG BuchPartner, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen.

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISSN 0948-194X

ISBN 978-3-8471-1245-7

Inhalt

Vorwort	7
Editorial	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2019

<i>Das Endspiel. »Game Over« für die EU?</i> Mit Hans-Peter Martin	17
---	----

<i>Die Ängste der Deutschen. Macht Angst Politik?</i> Mit Cem Özdemir, Thorsten Smidt, Ruth Wodak.	43
---	----

<i>Integration in der Stadt: Wie kann sie gelingen?</i> Mit Thomas Groß, Dirk Hilbert, Markus Lewe	65
---	----

<i>Die Zukunft Europas. Europa sieht Deutschland. Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit</i> Von Jean Asselborn	89
---	----

<i>Türkische Identitäten in Deutschland</i> Mit Peter Bandermann, Meltem Kulaçatan, Hacı-Halil Uslucan.	101
--	-----

<i>»Oma, was ist ein Schneemann?« – Diskussion zum Thema Klimagerechtigkeit</i> Mit Nele Falkenreck, Lukas Köhler, Michael Kopatz, Karla Oberwestberg... 121	
---	--

II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2019

Stefan Hanheide, Osnabrück <i>»Dieser Krieg ist nicht unser Krieg!« – Friedensrufe der Dreißiger Jahre. Chorwerke von Barber, Eisler, Vaughan Williams und anderen.</i>	155
--	-----

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Nikola Kompa, Universität Osnabrück
*Die dunkle Seite der Sprache. Wie man mit Sprache verunglimpfen
und abwerten kann. Eine sprachphilosophische Betrachtung.* 173

György Széll, Universität Osnabrück
Hassbotschaften, das Internet und das Recht 187

Lucas von Ramin, Technische Universität Dresden
*Zum Verhältnis von Angst und Politik in Zeiten von Corona
Oder: Wie Angst zuweilen ein guter Ratgeber sein kann* 205

IV. ANHANG

Abbildungsnachweis 217

Jean Asselborn, Außenminister von Luxemburg

Die Zukunft Europas

Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit
in der Reihe »Europa sieht Deutschland« im
Kreishaus Osnabrück am 3. Oktober 2019

Sehr geehrte Festversammlung, meine Damen und Herren, es ist mir eine große Ehre, heute zu Ihnen sprechen zu können – insbesondere in dieser inspirierenden Stadt in Niedersachsen.

Osnabrück liegt wie Luxemburg an einem Knotenpunkt zwischen wichtigen Wirtschaftsachsen und den Nord-Süd- und Ost-West-Verbindungen. Osnabrück besticht aber vor allem durch seine einmalige historische Vergangenheit. »Frieden als Aufgabe – dem Frieden verpflichtet« so lautet der Leitspruch dieser Stadt. Hier wurden Entscheidungen verkündet, die in ihrer Tragweite Europa über Jahrhunderte geprägt haben. Gleichzeitig beweist die über 1200 Jahre alte mittelalterliche Altstadt mit ihren restaurierten Fachwerkhäusern, dass sie durchweg auch architektonisch einige Attraktionen zu bieten hat. Osnabrück ist eine Stadt, die zum Verweilen einlädt, sich aber trotz ihres Charmes stets bewusst zu sein scheint, dass sie sich einer ganz besonderen Aufgabe verpflichtet hat.

Es ist gar nicht lange her, dass ich zum letzten Mal in dieser Gegend Deutschlands war. Erst letzte Woche war ich in Aachen, keine drei Autostunden entfernt, in der Stadt *Karls des Großen*, der interessanterweise auch der Gründer der Stadt Osnabrück ist. Und am 4. September habe ich am anderen Ende Niedersachsens, in Lüneburg, einen Vortrag gehalten. Anfang des Jahres war ich zu einer ganz besonderen niedersächsischen Veranstaltung eingeladen: dem alljährlichen Grünkohlessen in der Landesvertretung Niedersachsens in Brüssel. Dank meines damaligen Gastgebers, Ministerpräsident *Stephan Weil*, war dies ein sehr gelungener Abend.

Aber meine Damen und Herren, so sehr ich diese gesellschaftliche Tradition auch zu schätzen weiß, ich stehe nicht vor Ihnen, um über Kulinarik und Traditionen zu reden.

Denn heute, zum Anlass dieser Festveranstaltung, in dieser geschichtsträchtigen Stadt und an diesem so bedeutenden Feiertag für die Bundesrepublik Deutschland, geht es in meinem kleinen Vortrag um das bedeutungsvolle Thema: die Zukunft Europas.

Meine Damen und Herren, ich bin mir selbstverständlich bewusst – und es wäre anmaßend, etwas anderes zu denken –, dass man dieses Thema nicht in seiner Gänze präsentieren kann, und dies ist auch nicht mein Ziel.

Heute geht es mir lediglich darum, die Frage nach den europäischen Perspektiven und natürlich auch der Rolle Deutschlands innerhalb des europäischen Gefüges zu behandeln und dabei stets vor Augen zu haben, was am Ausgangspunkt dieses Projektes stand und was, wenn man so will, bis heute die Essenz unserer gemeinsamen Reise ist: die Erhaltung des Friedens auf dem europäischen Kontinent.

Osnabrück ist der richtige Ort, um über Frieden zu reden, dies ist das richtige Forum, um über Europa zu reden, und der Tag der Deutschen Einheit ist auch der richtige Tag, um über das gemeinsame Streben für ein freies, prosperierendes und im Frieden geeintes Europa zu reden.

Bis vor 30 Jahren lag Osnabrück auch nur etwas mehr als 200 km von dem Grenzübergang Helmstedt/Marienborn, dem größten innerdeutschen Grenzübergang der DDR an der A2, Richtung Berlin, entfernt.

Dem Mauerfall, der sich in gut einem Monat zum 30. Male jährt, haben wir zu verdanken, dass das wiedervereinte Deutschland heute in einem erweiterten Europa eingebettet ist, dessen Anker es ist.

Am heutigen Tag der Deutschen Einheit bin ich froh sagen zu können, dass uns Deutschland noch nie ein so guter Nachbar war. In den letzten Jahren, seit 2004 um genau zu sein, habe ich in meiner Rolle als luxemburgischer Außenminister in Europa viele Gesichter, von großen und weniger großen Politikern, kommen und gehen gesehen, ich habe viele schöne Momente miterlebt, aber auch schwierige.

Heutzutage muss Europa allzu oft, und dies absolut zu Unrecht, für das Unvermögen mancher nationaler Politiker herhalten. Die Europäische Union und ihre Institutionen werden regelmäßig mithilfe von Falschmeldungen und der Verdrehung von Tatsachen angegriffen. Scheinbar ist es für einige immer noch wirksamer, mit dem Finger nach Brüssel zu zeigen, als sich zu seiner eigenen Verantwortung zu bekennen.

Selbstverständlich bin ich mir auch bewusst, dass die europäische Integration nie geradlinig verlaufen ist und es noch einiges zu verbessern gilt. Konstruktive und notwendige Kritik und Dialog sollten auch an dem Ausgangspunkt jeder Veränderung stehen.

Populismus, *Fake News*, Hetze und Diffamierung müssen wir uns jedoch konsequent entgegenstellen. Denn die Euroskeptiker und Populisten können die Wahrheit noch so verbiegen, eines können sie nicht verneinen: das europäische Friedensprojekt ist das größte paneuropäische Erfolgsprojekt des 20. Jahrhunderts und verdient es, unversehrt durch das 21. Jahrhundert zu kommen. Unsere Kinder, unsere Enkel würden uns das Gegenteil nie verzeihen.

Wir sollten nicht vergessen, dass nach den zwei großen Katastrophen des 20. Jahrhunderts, an denen auch die kleinen Länder stark gelitten haben, die Idee für dieses Projekt gewissermaßen aus der Not geboren wurde; aus der tiefen Verzweiflung der Menschen. Angetrieben wurde diese Bewegung von der couragierten Hoffnung und dem festen Glauben daran, dass dies in Europa nie wieder passieren soll und wir uns alle dieser Aufgabe verpflichten müssen.

Deshalb darf man dem mächtigsten Präsidenten der Welt widersprechen, wenn er in seiner UNO-Rede meint, dass Patriotismus höher einzuordnen wäre als Multilateralismus, als das internationale Recht, das Prinzip der internationalen Zusammenarbeit. Herr *Trump* irrt fundamental, weil diese Einordnung schnell zu falschem Patriotismus führt, zu Egoismus und dann zu Nationalismus.

Die Geschichte der 1930er Jahre in Europa sollte der Welt ein warnendes Beispiel bleiben, wohin dies führt.

Ich befinde mich heute in einer Stadt, die nicht wenige als eine Art Geburtsort des europäischen Pluralismus bezeichnen, und dennoch will ich Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen, dass ein friedliches Europa kein Selbstläufer ist. Es bedarf einer tief greifenden Zusammenarbeit und Kompromissbereitschaft. Ein friedliches Europa bedeutet, aufeinander zuzugehen. Dies war weder früher eine Selbstverständlichkeit, noch ist es heute eine.

Seit mehr als 30 Jahren bieten die Osnabrücker Friedensgespräche – getragen von der Stadt und der Universität – eine wichtige Plattform für den politischen Austausch und die Förderung von Frieden.

Der Name des kleinen luxemburgischen Winzerdorfes *Schengen* ist durch das dort im Jahre 1985 unterschriebene Abkommen zum Synonym für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger Europas geworden. Wir überqueren heute die Schengen-Binnengrenzen ohne Passkontrolle und ohne Schlagbaum – und das soll auch so bleiben! Die Ausnahmen heute sollten schnellstens verschwinden.

Der europäische Binnenmarkt mit seinen vier Freiheiten: dem freien Verkehr von Personen, von Kapital, Dienstleistungen und Waren, ist heute der größte Wirtschaftsraum der Welt mit 500 Millionen Bürgern und einem Bruttoinlandsprodukt von rund 13 Billionen Euro. Seit mehr als 26 Jahren profitieren alle Mitgliedstaaten von diesem gemeinsamen Binnenmarkt. Wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich und auch kulturell.

Der europäische Binnenmarkt, unsere gemeinsame Wirtschaftsleistung, all das müssen wir in den Dienst der Menschen stellen. Einerseits brauchen wir einen starken Binnenmarkt, welcher qualitativ sichere und wettbewerbsfähige Produkte und Arbeitsplätze bietet; andererseits darf die *soziale* Dimension Europas nicht zu kurz kommen. Dies war auch einer der Schwerpunkte des luxemburgischen EU-Ratsvorsitzes 2015. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass das Soziale wieder mehr in den Vordergrund gerückt wird. Seither wurde einiges erreicht, aber vieles bleibt noch zu tun. Das Niveau des sozialen Schutzes in Europa ist das Höchste weltweit,

und auch *in puncto* Lebensqualität rangiert Europa ganz vorne. Wir müssen weiterhin die Standards setzen – beim Arbeitsrecht, bei der sozialen Absicherung, beim Verbraucherschutz und der Altersversorgung. Die *Europäische Säule sozialer Rechte*, die 2017 vorgestellt wurde, ist ein wichtiger Schritt, um in den Bereichen Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, faire Arbeitsbedingungen, Sozialschutz und soziale Inklusion neue und wirksamere Rechte für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Eine der Prioritäten der neuen Kommission ist die Einführung eines europäischen Mindestlohns, und ich bin zuversichtlich, dass mein Landsmann *Nicolas Schmit* als zukünftiger EU-Kommissar für Beschäftigung dieses Unterfangen rasch in Angriff nehmen wird.

Die soziale Dimension der Europäischen Union ist nur eine der zahlreichen Herausforderungen, denen wir uns alle stellen müssen. Nur gemeinsam können wir die großen Herausforderungen meistern. Probleme sind in unserer vernetzten und globalisierten Welt nur gemeinsam lösbar, und nur, wenn wir dies begreifen, können wir die zukünftigen Herausforderungen meistern und aus ihnen gestärkt hervorgehen.

Diese Erkenntnis zu akzeptieren, setzt ein gewisses Maß an politischem Willen voraus, und der wiederum wird bei uns maßgeblich durch demokratisches Abstimmen an der Wahlurne geprägt.

Auch deswegen war die richtungweisende Europawahl dieses Jahr von großer Bedeutung. Mehr als 350 Millionen Menschen hatten die Möglichkeit, bei den größten länderübergreifenden Wahlen der Welt ihre Stimme abzugeben.

Die Wahlbeteiligung war in diesem Jahr mit 50,96% so hoch wie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr. Dies ist ein eindeutiger Beleg dafür, dass die Bürger sich für das europäische Projekt interessieren. Und ein hoher Anteil von politischem Interesse und politischer Partizipation ist unentbehrlich für dieses Projekt. In einer Phase, in der die Legitimität der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie teilweise offen angezweifelt wird, ist es wichtig, dass bei den Bürgern die Erkenntnis gestärkt wird, dass sie sich beteiligen können. Sie sollen wissen, dass sie im Mittelpunkt dieser Konzeption stehen.

Vor diesem Hintergrund ist auch hervorzuheben, dass die rechtspopulistischen Parteien bei der Wahl nicht den Erfolg hatten, den einige ihnen vorhergesagt hatten. Von den 751 Sitzen des Europäischen Parlaments erhielten die Nationalisten nur 114 Sitze. Die Wähler haben Auffassungsgabe bewiesen und gleichzeitig gezeigt, dass man sie nicht für dumm verkaufen soll. Es freut mich also zu sagen, dass das Parlament mit einer großen Mehrheit pro-europäisch bleibt.

Mit Frau *Von der Leyen* steht ab dem 1. November 2019 erstmals eine Frau an der Spitze der Europäischen Kommission – und seit *Walter Hallstein* erstmals

wieder eine Persönlichkeit mit deutscher Staatsbürgerschaft. Was allerdings genauso wichtig sein dürfte – zumindest hier im Bundesland – ist, dass sie aus Niedersachsen stammt.

Nach den Wahlen zum europäischen Parlament treten jetzt jedoch wieder die Fragen um die Flüchtlingspolitik, die Klimaerwärmung und den *Brexit* in den Vordergrund.

Und die Migrationsfrage wird zweifelsohne zu den Prioritäten der von Frau Von der Leyen geführten Kommission gehören. Sie hat sich vorgenommen, das bisherige Dublin-System zu reformieren und den Mitgliedstaaten, die dem größten Druck ausgesetzt sind, Hilfe zu leisten.

Die Flüchtlingsfrage ist eine der Kernherausforderungen, die Europa zu meistern hat. Leider haben wir es bisher nicht geschafft, eine gesamteuropäische Lösung für dieses Problem zu finden, es herrscht immer noch Uneinigkeit zwischen den Mitgliedstaaten, und einzelne Länder versuchen, ihre Verantwortung sogar ganz abzustreiten. Der Europäischen Union scheinen dabei mitunter die Hände gebunden zu sein, obwohl uns allen klar sein sollte, dass die Migrationsfrage nicht von der Kommission allein gelöst werden kann. Auch die Mitgliedstaaten tragen Verantwortung.

Wenn wir in der Migrationsfrage scheitern, verliert die Europäische Union ihre Glaubwürdigkeit, und damit nicht nur eine ihrer Stärken, sondern auch eins ihrer Fundamente.

Ein solidarischer Verteilungsmechanismus, der auf der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten beruht, sowie legale Migrationswege und eine konsequente und internationale Bekämpfung der Ursachen von irregulärer Migration sind unentbehrlich.

Wir müssen in Libyen stärker mit dem UNO-Flüchtlingswerk zusammenarbeiten. Die Menschen dort dürfen nicht länger versklavt und gefoltert werden. Sie sind unter menschlichen Bedingungen in Camps unterzubringen, die von der UNO kontrolliert werden.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Türkei 3,5 Mio. Syrer und Iraker aufgenommen hat und dass die Türkei unsere EU-Finanzhilfe braucht, damit die geflüchteten Kinder in die Schule gehen können und medizinische Versorgung bekommen.

Wir müssen die EU-internen Wanderungen von Asylsuchenden verhindern und das Dublin-System für die Länder an den Außengrenzen erleichtern in dem Sinne, dass nicht die ganze Last auf ihnen liegt.

Kurz: Wir brauchen eine europäische Flüchtlingspolitik, die kohärent ist.

Meine Damen und Herren, als Europäer sollen wir einstehen für unsere Prinzipien und Werte – sowohl nach innen als auch nach außen.

Ich muss sagen, dass es mich sehr nachdenklich stimmt, dass heutzutage einige Mitgliedstaaten die *Kopenhagener Kriterien* von 1993 – also jene Voraussetzungen, die beitrittswillige Länder erfüllen müssen, um Mitglied der EU zu werden – nicht mehr erfüllen würden.

Unsere Grundprinzipien sind und bleiben unverhandelbar, und die Mitgliedschaft in der Union ist sowohl mit Rechten als auch mit Pflichten verbunden.

Es geht mir hierbei – wie bereits erwähnt – um die europäische Selbstverständlichkeit: nämlich um unser aller Glaubwürdigkeit, denn wir dürfen nicht vergessen, dass es eben diese hohen Standards sind, an denen wir außerhalb Europas gemessen und um die wir weltweit beneidet werden.

Die neue Kommission muss ihre Rolle als »Hüterin der Verträge« ernst nehmen und darauf achten, dass die Mitgliedstaaten die europarechtlichen Verpflichtungen, die sie mit dem EU-Vertrag und dem *Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union* eingegangen sind, einhalten. Es darf kein Auge zugeedrückt werden – weder im Süden noch im Norden, Westen oder Osten der EU.

Dies ist nur eine der großen Herausforderungen, vor denen wir in Europa stehen und bei denen es auch darauf ankommt, inwiefern einige Länder bereit sind, eine Führungsrolle zu übernehmen. Und Deutschland ist definitiv eines der Länder, denen man eine solche Führungsrolle zutraut.

Deutschland hat die zahlenmäßig größte Bevölkerung und auch die größte Wirtschaftsleistung der EU. Allein dies ist der Beleg dafür, dass Deutschland innerhalb der EU eine wichtige Rolle einnehmen muss und eine große Verantwortung in der europäischen Tagespolitik zu tragen hat.

Es ist für jeden ersichtlich, dass man sich dieser Pflicht bewusst ist, denn in der Präambel des Grundgesetzes, dessen 70-jähriges Bestehen in diesem Jahr gefeiert wird, wird der Auftrag hervorgehoben, »in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen«.

Die Erwartungen, die an Deutschland gestellt werden, sind groß, sei es in finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen, sei es in Klimafragen oder im Bereich der Sicherheit.

Die vielleicht wichtigste Aufgabe, die auf Deutschland zukommen wird, ist, für den nötigen Ausgleich zu sorgen, damit in Zukunft die EU kompromissfähig bleibt und sich – um meinen Landsmann *Jean-Claude Juncker* zu zitieren – um »Weltpolitikfähigkeit« bemüht. Sei es mit der jetzigen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder während der deutschen Ratspräsidentschaft der EU im zweiten Halbjahr 2020.

Aus Aachen wurde Anfang dieses Jahres ein wichtiges Signal in Richtung Europa gesendet. Der neue *Vertrag von Aachen* zwischen Deutschland und Frankreich ist ein Bekenntnis zu Europa und gleichzeitig ein wichtiges Zeichen an alle Mitgliedstaaten, dass Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und unsere Wertegemeinschaft das Fundament unserer Zusammenarbeit bilden.



Jean Asselborn

Die außerordentliche historische Rolle des ›deutsch-französischen Motors‹ für die Europäische Union steht außer Frage. Dementsprechend war dies ein positives Signal, um die großen Herausforderungen Hand in Hand anzugehen. Aber Europa benötigt auch die Einbindung der anderen Mitgliedstaaten, nur gemeinschaftlich kann man die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angehen.

Meine Damen und Herren, auch ich habe in den letzten Tagen um *Jacques Chirac* getrauert. Er war ein großer Staatsmann und bekennender Europäer. Ich habe ihn als einen sehr bodenständigen Menschen kennengelernt, stets bescheiden und aus einfachen Verhältnissen stammend. Was mir vor allem in Erinnerung bleiben wird, das sind sein Humor und seine Heiterkeit.

Als bekennender Europäer hat er sich unentwegt eingesetzt gegen nationalistische, euroskeptische und rechtsextreme Tendenzen. Diese gibt es heutzutage leider immer noch. Dieses Verhalten, diese politischen Strömungen, dürfen nicht

verharmlost werden. Sie sind gefährlich, sie bagatellisieren jene politischen Ideologien, die Europa in den 1930er Jahren in die Katastrophe geführt haben.

Auch Rechtspopulisten versuchen, die Menschen mit ihren vereinfachten Darstellungen zu verführen, und bedienen sich dabei der Klischees, der Vorurteile, Ängste und Emotionen der Menschen. Sie setzen auf Egoismus, Angst, Respektlosigkeit und Intoleranz, auf einen falschen Patriotismus. Diese selbsternannten Volksvertreter scheinen ein feines Gespür dafür zu haben, wie sie die politischen Debatten in Europa langsam nach rechts bewegen können. Je beharrlicher sich diese Tendenzen in den Medien und den Köpfen der Menschen festsetzen, desto salonfähiger machen wir diese Strömungen.

Dies ist eine unmittelbare Gefahr für unser europäisches Demokratieverständnis und führt zu nichts weniger als einer schleichenden Radikalisierung des politischen Diskurses.

Als Gesellschaft müssen wir für unsere Ideale eintreten und diesen bedenklichen Entwicklungen entschlossen entgegentreten. Denn eins dürfte ja wohl jedem klar sein: Bisher hat es noch keiner dieser Euroskeptiker geschafft, stichhaltige Lösungskonzepte für die aktuellen europäischen Probleme anzubieten – im Gegenteil!

Meine Damen und Herren, keine Ausführung über Populismus – und sei sie noch so kurz – wäre komplett, ohne über den *Brexit* zu sprechen. Dieser hat uns schmerzlich in Erinnerung gerufen, dass die Europäische Integration auch Rückschritte verkraften muss.

Demnächst scheidet Großbritannien also voraussichtlich aus der EU aus, und noch immer ist nicht klar, ob dieser Austritt geregelt oder ungeregelt vonstattengehen wird. Das mit der vorherigen britischen Regierung gemeinsam ausgehandelte Austrittsabkommen sollte die negativen Konsequenzen für Bürger und Unternehmen nach Möglichkeit in Grenzen zu halten. Wir haben uns in der EU sowohl auf einen geordneten als auch auf einen ungeordneten Austritt vorbereiten müssen. Der britische Premierminister *Boris Johnson* hat nun die Verantwortung, konkrete und umsetzbare Lösungsvorschläge vorzulegen. Die britische Regierung weiß genau, wie klein der Verhandlungsspielraum aufseiten der EU ist. Man weiß genau in London, wo die Grenze des Zumutbaren für die EU liegt. Um es ganz klar zu sagen: es geht hier nicht um verhandlungstaktische Manöver, nein, es geht um den Erhalt und die Integrität des Europäischen Binnenmarktes, um den Kitt, der die EU im Innersten zusammenhält und der dafür sorgt, dass wir auf der Weltbühne ernst genommen werden. Es wäre nicht verantwortbar, dies wegen der aktuellen innenpolitischen Lage in Großbritannien aufs Spiel zu setzen. So wie es auch nicht verantwortbar wäre, den Frieden auf der irischen Insel aufs Spiel zu setzen.

Premierminister Johnson hatte in Manchester neue Vorschläge seiner Regierung angekündigt. Wir werden sehen, inwieweit diese Vorschläge ernst gemeint

sind und ob die britische Regierung wirklich einen *No-Deal* verhindern will. Erste Verlautbarungen in der Presse stimmen mich leider nicht optimistisch.

Der Austritt des Vereinigten Königreichs wird auch zu Verschiebungen des Kräftegewichts innerhalb der EU führen. Dies wird mittelfristig Konsequenzen haben, die im Augenblick noch nicht vorhersehbar sind, und dies in verschiedenen Politikbereichen. Das Gewicht und die Verantwortung, welche infolge des *Brexits* auf Deutschland zukommt, werden sich abermals vergrößern. Europa muss jetzt enger zusammenrücken und die Vorteile eines geeinten Europas engagiert nach außen stellen.

Wenn wir über die Zukunft Europas reden, dann darf unser Blick allerdings nicht nur nach innen gerichtet sein, auch außenpolitisch gibt es für die EU viele Herausforderungen zu meistern.

Auf dem internationalen Parkett galt seit Jahrzehnten die Maxime des ›regelbasierten multilateralen Systems‹, des *Multilateralismus*, mit der wir agiert haben. Dieses System hat sich in den letzten Jahren jedoch verändert. Vor allem das amerikanische Motto *America First* hat verschiedene Staaten dazu bewogen, lange etablierte Handlungsmuster infrage zu stellen.

Zweifellos sind die transatlantischen Beziehungen von großer Bedeutung, und die USA sind und bleiben ein unverzichtbarer Partner für Europa. Deshalb ist es umso wichtiger, dass die EU sich für einen konstruktiven Dialog mit den Vereinigten Staaten einsetzt.

Wir müssen uns für die Erhaltung des Multilateralismus stark machen – nicht nur, weil er funktioniert, sondern auch, weil wir ein Stück weit darauf angewiesen sind. Die Europäische Union steht für freien Handel, ohne Zoll- und Tarifeingriffe. Wir wissen nur zu gut, dass Protektionismus und Handelskonflikte den freien Welthandel und damit die Grundlagen unseres Wohlstands gefährden. Wenn jeder mit einem *Wir-Zuerst-Motto* in der Außenpolitik auftreten würde, hätten wir ein großes Problem. Diese Auffassung habe ich bei der Ministerwoche der 74. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York bekräftigt.

Zum Thema Multilateralismus gab es in letzter Zeit auch einige positive Aspekte und Entwicklungen, die ich hervorheben möchte. Die Einigung über das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den MERCOSUR Staaten, das den weltweit größten Freihandelsraum mit 780 Millionen Einwohnern schafft, zeigt, dass der Multilateralismus doch noch eine Daseinsberechtigung hat. Obwohl die Verhandlungen langwierig waren und es teils jahrelange Unterbrechungen gab, haben wir es geschafft, eine Einigung zu finden. Sie ist ein klares Signal der Unterstützung für freien, fairen und regelbasierten Handel. Allerdings erwarten wir auch, dass sich unsere Vertragspartner an das in dem Abkommen verankerte Bekenntnis zum Pariser Klima-Abkommen halten.

Der Klimawandel ist eine riesige Herausforderung. Wie in Luxemburg wird er auch in Niedersachsen massive Folgen haben. Wenn wir indes die Ziele des Pariser Klimaabkommens umsetzen wollen, müssen wir alle unsere Anstrengungen erhöhen. Aktuell steht der Klimaschutz insbesondere bei jungen Menschen ganz oben auf der Agenda. Und wir haben den Weckruf der Jugend gehört. *Greta Thunberg* fungiert als Sprachrohr und Vorbild einer ganzen Generation, die uns mit aller Deutlichkeit darlegt, dass es unsere Pflicht ist, gegen die anthropogenen Klimaveränderungen zu kämpfen. Auch bei dieser Herausforderung gilt das Credo: nur durch multilaterale Zusammenarbeit können wir etwas verändern. Dies ist unsere Mission, unsere Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen. Denn wir haben nur eine Erde.

Am 23. September habe ich am Klimagipfel im Vorfeld der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York teilgenommen. Dort wurde abermals deutlich, dass die Industriestaaten zwar den Klimawandel verursacht haben, die Leidtragenden jedoch die Entwicklungsländer sind. Wir dürfen uns nicht aus der Verantwortung stehlen. Dies ist zugleich eine sicherheitspolitische Frage.

Der Multilateralismus ist auch bei anderen Themenpunkten ein wichtiger Garant für ein friedliches Miteinander. Mit größter Sorge verfolge ich die aktuellen Entwicklungen im Mittleren Osten und am Persischen Golf. Ich verurteile die Angriffe vom 14. September auf die Ölanlagen in Saudi-Arabien auf das Schärfste! Diese Angriffe, zu denen sich die jemenitische Bürgerkriegspartei der Huthis bekannt hat, verschärfen die ohnehin schon sehr angespannte Lage in dieser Region. Wir müssen an alle Parteien appellieren, die Lage nicht durch Provokationen zu verschlimmern, sondern Vernunft und Diplomatie walten zu lassen.

Neben den Spannungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien hat sich das Verhältnis zwischen Israel und Palästina in den letzten Tagen weiter verkompliziert. Ich war am 11. September in Ramallah, einen Tag nach der Ankündigung des israelischen Premierministers *Benjamin Netanyahu*, einen strategischen Teil des besetzten Westjordanlandes, einschließlich des Jordantals, nach den Wahlen vom 17. September zu annektieren. Dies ist inakzeptabel. Die geplante Annexion verstößt sowohl gegen das Völkerrecht als auch gegen UN-Resolutionen. Ich habe dies bei einem Treffen in New York mit dem Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde *Mahmoud Abbas* nochmals bestätigt.

Dies wäre das Ende des Friedensprozesses und der Bemühungen, den israelisch-palästinensischen Konflikt auf der Grundlage einer Zwei-Staaten-Lösung beizulegen. Ich hoffe, dass es nach den Wahlen in Israel eine Zeit des Nachdenkens geben wird und dass das Völkerrecht wieder respektiert werden wird.

Meine Damen und Herren, wie ich versucht habe darzulegen, wird es immer wichtiger, in dieser hochvernetzten, komplexen und globalisierten Welt sich durch multilaterale Kooperation für die Zukunft zu wappnen. Wer auf die großen

Herausforderungen unserer Zeit eine Antwort haben will, der kommt an grenzübergreifender Zusammenarbeit nicht mehr vorbei. Denn Krisen kennen weder Grenzen noch Nationalitäten.

Es ist nach wie vor das Miteinanderreden zwischen gleichberechtigten Partnern, das die Welt sicherer macht. Gerade hier in Osnabrück, an dem Ort, wo so viele europäische Mächte erstmals und gleichberechtigt an einem Tisch saßen und wo im Anschluss an diese Verhandlungen 1648 der *Westfälische Friede* verkündet wurde, muss uns allen bewusst werden, dass es nur eine gemeinsame Herangehensweise – unter Einhaltung des internationalen Rechtes – geben kann. So stark sich die Welt seither verändert hat, so sehr scheint dies eine jahrhunderteübergreifende Konstante zu sein. Egal, ob im Jahre 1648 oder 2019 – im Endeffekt werden langfristige Lösungen nur gemeinsam an einem Tisch beschlossen. Dies ist meine tiefe Überzeugung, nicht nur als Außenminister des zweitkleinsten EU-Mitgliedslandes, sondern auch als Europäer. Zusammenarbeit ist der einzige Weg, ein dauerhaftes friedliches Miteinander zu garantieren.

Im Endeffekt liegt es jetzt an uns, an jedem einzelnen, sich für diesen Weg einzusetzen. Und auch nur so können wir Europäer uns auf dem internationalen Parkett Gehör verschaffen. Für uns Europäer wird die nächste Zeit richtungweisend sein. Nur wenn wir es jetzt schaffen, gemeinsame Positionen zu finden und solidarisch an einem Strang zu ziehen, wird es uns gelingen, in den nächsten Jahren weiterhin in Frieden und Wohlstand zu leben und weiterhin soziale Standards zu setzen, um die wir in der Welt beneidet werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.